

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 19. April 2005

Nr. 2005/877

KR.Nr. A 008/2005 (VWD)

**Auftrag Esther Bosshart (SVP, Solothurn): Reduktion der Regelungsdichte und Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmungen (25.01.2005)**

**Stellungnahme des Regierungsrates**

---

### **1. Vorstosstext**

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Teilrevision der kantonalen Verfassung auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen, welche zwingend folgende Forderungen auf Gesetzesstufe beinhaltet: Eine echte Reduktion der Regelungsdichte und den nachhaltigen Abbau der administrativen Belastung durch Behördenvorschriften.

1. Die Einführung einer «KMU-Verträglichkeitsprüfung» zu jedem Gesetzesentwurf auf der Basis einer «Regulierungsfolge-Abschätzung».
2. Die Schaffung eines KMU-Forums mit Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung als Konsultativkommission.
3. Eine zentrale Informations- und Koordinationsstelle für KMU («One-Stop-Shop») innerhalb der Verwaltung.

### **2. Begründung**

Das Parlament des Kantons Basel-Landschaft sagte vor kurzem mit rund 80 Prozent Stimmenmehrheit Ja zum Abbau der überbordenden Behördenbürokratie in der kantonalen Verwaltung. Auch die Regierung hatte das Anliegen unterstützt.

Da der Kanton Solothurn als Wirtschaftsstandort in direkter Konkurrenz zum Kanton Basel-Landschaft steht und auch hier in besagtem Bereich nicht alles zum Besten steht, ist auch bei uns Handlungsbedarf angesagt.

Mit seinem Entscheid hat der Landrat des Kantons Baselland nicht nur die von der Wirtschaftskammer Baselland lancierte «KMU-Förderungsinitiative» auf Verfassungsebene und die «KMU-Entlastungsinitiative» auf Gesetzesstufe komfortabel gutgeheissen, sondern gleichzeitig als erstes Kantonsparlament in der Schweiz eine Verfassungs- und Gesetzesvorlage unterstützt, die eine Kantonsbehörde verbindlich verpflichtet, aktiv die behördlich verfügte Administration für die KMU-Wirtschaft zu bekämpfen und abzubauen. Beide Initiativen wurden von der Wirtschaftskammer – die kantonale Dachorganisation für KMU aus Gewerbe, Handel, Dienstleistung und Industrie – im November 2003 mit insgesamt über 11'000 Unterschriften eingereicht. Wie dringend entsprechender Handlungsbedarf ist, zeigt der Umstand, dass einzelne KMU jährlich mindestens 270 Arbeitsstunden allein für die vom Kanton eingeforderte Administration aufzuwenden haben. Hinzu kommt ein Mehrfaches an Aufwand für den vom Bund verordneten «Papierkrieg».

### 3. Stellungnahme des Regierungsrates

#### 3.1 Allgemein

Die Forderungen nach Reduktion der Regelungsdichte und Abbau der administrativen Belastung von kleinen und mittleren Unternehmungen sind nicht neu. Wir teilen die Meinung der Auftraggeberin, dass die administrativen Belastungen der Wirtschaft durch staatliche Regulierungen möglichst gering zu halten sind, bzw. verringert werden sollen. Im Föderativstaat Schweiz vollzieht der Kanton aber viele Vorschriften des Bundes, welche wesentlich Mitverursacher des Papierkrieges sind, beispielsweise Arbeitsgesetz, Sozialversicherungen, Gebühren für Bewilligungen/Genehmigungen, Meldepflichten, Ein- und Ausfuhrbewilligungen, Konzessionen, Lebensmittelgesetz etc.. Um eine komplette Entlastung zu erreichen, ist aber auch der Kanton zum Handeln verpflichtet, denn der Bund hat bereits Massnahmen ergriffen (gemäss Bericht des Bundesrates vom 16. Juni 2003 „Massnahmen des Bundes zur administrativen Entlastung in den Unternehmen“).

Einmal mehr müssen wir aber auch festhalten, dass in der Schweiz die administrativen Aufwendungen der Unternehmer im Vergleich zu umliegenden Ländern nicht einmal die Hälfte betragen. Zudem hat eine 1999 bei der Solothurner Wirtschaft durchgeführte Untersuchung gezeigt, dass der Kanton in Sachen „Entlastung von administrativem Ballast“ als fortschrittlich eingestuft werden kann. Dies wird uns auch heute noch bei unseren regelmässigen Kontakten mit der Wirtschaft von den Unternehmern bestätigt. Trotzdem anerkennen wir, dass nach wie vor ein ausgewiesener Optimierungsbedarf besteht.

Aufgrund des überwiesenen Postulates der CVP Fraktion „Kampf gegen die staatliche Bürokratie für Bürger und Bürgerinnen und KMU's“ wurde bereits mit RRB Nr. 2004/384 vom 17. Februar 2004 eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, Handlungsfelder zu orten und den Handlungsbedarf darzustellen, sowie darauf aufbauend aufzuzeigen, mit welchen Instrumenten auf welcher Ebene Änderungen vorzunehmen resp. zu beantragen sind, um Bürger und Bürgerinnen sowie KMU's von staatlicher Bürokratie zu entlasten. Wir werden dem Kantonsrat mit einer separaten Vorlage über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Bericht erstatten.

#### 3.2 Zu Punkt 1

Diese Forderung ist bereits heute erfüllt. Mit RRB Nr. 796 vom 11. April 2000 wurde beschlossen, dass bei der Erarbeitung bzw. Revision von Gesetzen und Verordnungen, die für die Wirtschaft von grosser Bedeutung sind, eine Wirtschaftsverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden kann. Das Volkswirtschaftsdepartement wurde beauftragt, die jeweils notwendige Triage der Vorlagen vorzunehmen. Zudem erhalten die wirtschaftspolitischen Akteure – also auch die Kantonsrätinnen und Kantonsräte – im Rahmen der ordentlichen Entscheidungsprozesse wie Vernehmlassungen, Mitberichte, parlamentarische Beratungen etc. ausreichend Gelegenheit, ihre persönlichen Anliegen einzubringen. Die Schaffung einer eigentlichen Gesetzesgrundlage zur Reduktion der Regelungsdichte und zum Abbau der administrativen Belastung von KMU's erachten wir deshalb als übertrieben. Zudem läuft dieser Auftrag diametral zu der auf politischer Ebene immer wieder eingebrachten Forderung nach staatlicher Deregulierung, oder anders gesagt, wir können nicht mit einem erhöhten administrativen Aufwand den administrativen Aufwand abbauen.

### 3.3 Zu Punkt 2

Aufgrund des in den letzten Jahren veränderten Kommunikationsverhaltens werden heute die jeweiligen Anliegen der Wirtschaft schon durch unsere engen und regelmässigen Kontakte mit den Unternehmungen selbst aber auch mit den Wirtschaftsverbänden wirkungsvoller an die Verwaltung herangetragen. Ebenso hat die Wirtschaftsförderung einen intensiven Kontakt mit der Wirtschaft. Durch diese engen Verflechtungen werden Bedürfnisse der Unternehmungen direkt an die Verwaltung herangetragen.

Je länger je mehr werden die Betroffenen selbst als Gesprächspartner wichtig. Der Umgang zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Regierungsrat ist heute einfacher, lockerer und auf jeden Fall ungezwungener geworden. Die Kommunikationsmöglichkeiten aber auch die Kommunikationskultur haben sich in den letzten Jahren enorm verändert. Sie sind vielfältiger und auch besser geworden. Man sitzt heute leichter an einem Tisch zusammen. Die systemimmanenten Widersprüche und Zielkonflikte wird auch die geforderte Konsultativkommission nicht aufheben können. Die Schaffung eines KMU-Forums in der geplanten Form ist wenig effizient.

### 3.4 Zu Punkt 3

Wir erachten die Schaffung einer Informations- und Koordinationsstelle für KMU innerhalb der Verwaltung als unzweckmässig und unverhältnismässig. Bereits heute versteht sich die Wirtschaftsförderung Kanton Solothurn als „One-Stop-Shop“ innerhalb der Verwaltung. Vorstellen könnten wir uns jedoch die Schaffung einer Internet-Plattform „KMU-Forum“ bei der Wirtschaftsförderung. Wir rechnen aber für die Erstellung und die permanente Bewirtschaftung einer solchen Plattform mit einem erheblichen finanziellen und personellen Aufwand, der mit bestehenden Ressourcen nicht erbracht werden kann.

## 4. Antrag des Regierungsrates

Nichterheblicherklärung.



Dr. Konrad Schwaller  
Staatschreiber

### Vorberatende Kommission

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

### Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2, GK-Nr. 2005311)  
Amt für Wirtschaft und Arbeit (2; moj, stu)  
Steueramt (3)

Parlamentsdienste

Traktandenliste Kantonsrat